

BARBARA KRUG

## **Wirtschaftsentwicklung in China/Ostasien und sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa**

### **1. Alle Staaten im pazifischen Raum bevorzugen "Manövrierfähigkeit" anstelle sicherheitspolitischer Allianzen.**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden im Raum drei Modelle sicherheitspolitischer Allianzen versucht:

- Die sozialistische Bruderhilfe, die die Sowjetunion mit Nordkorea, der VR China und später den Ländern Indochinas und Afghanistans verband.
- Die Allianz mit den USA, wie SEATO, die Japan, Südkorea, Taiwan und später die anti-kommunistischen Staaten Südostasiens unter den Schutz der US-amerikanischen Streitkräfte stellten.
- Die Blockfreienbewegung, die 1954 gegründet, schnell durch den Konflikt der beiden Supermächte in den Hintergrund gedrängt wurde.

Aus Sicht der Anrainerstaaten sind beide Großmächte unzuverlässige Schutzmächte, sowohl was die bilateralen Beziehungen zwischen den nationalstaatlichen Regierungen als auch was die Unterstützung kommunistischer oder anderer Befreiungsbewegungen und Parteien anbelangt. Einem eigenständigen Zusammenschluß stehen ein fehlendes militärpolitisches Potential ebenso entgegen wie unterschiedliche Bedrohungen (vgl. 6.) und der "Japan-Faktor":

### **2. Alle Staaten wehren sich gegen eine größere sicherheitspolitische Rolle Japans.**

Das unterschwellige Mißtrauen Japan gegenüber findet seine Erklärung in den Vorgängen des Zweiten Weltkrieges. Es findet Ausdruck in den Obergrenzen, die nicht thematisiert für japanische Direktinvestitionen in den einzelnen Ländern formuliert sind. Jeder Versuch Japans, seine Verfassung dahingehend zu ändern, daß es reguläre Streitkräfte aufbauen kann, stößt auf Widerstand. Aus diesem Grunde sind die Anrainer daran interessiert, daß die US-amerikanische Flotte im pazifischen Raum präsent bleibt.

### **3. Alle Staaten haben seit dem Zusammenbruch des Sozialismus beträchtlich aufgerüstet.**

Zwei Entwicklungen halfen dabei: Zum einen die wegen des ökonomischen Booms rasch gestiegenen Staatseinnahmen und zum anderen der Zerfall der Weltmarktpreise für Waffen und Waffensysteme, insbesondere für Material aus Sowjetproduktion. Hinzu kommt außerdem, daß in einigen Staaten die Regierung das Außenhandelsmonopol für Waffenhandel aufgrund innenpolitischer Faktoren verlor. So beliefern Teile der Roten Armee ebenso wie die Volksbefreiungsarmee Chinas, die ihre Gewinne nicht an den allgemeinen Haushalt abführen muß, den regionalen Markt. Dadurch erhält der Schwarzmarkt auch Zugang zu hochtechnologischen Waffensystemen wie Nuklearwaffen, die in der Vergangenheit besser kontrolliert waren.

#### **4. Der Pazifische Raum ist sicherheitspolitisch unterinstitutionalisiert.**

**Deshalb hängt die regionale Sicherheit in hohem Maße vom Good-will der Anrainerstaaten, deren innenpolitischer Situation sowie *ad hoc*-Bündnissen ab.**

Mit der Reduktion der US-amerikanischen wie auch der sowjetischen Flottenpräsenz im Indischen Ozean fehlen Schutzmächte, die das *Mare Liberum*-Prinzip, d.h. den freien Zugang zu den Weltmärkten garantieren könnten. Gleichzeitig damit wurde auch das Prinzip des "Whose ship, whose cargo", welches die Beschlagnahmung der Ladung auf Schiffen unter anderer Flagge verbietet, außer Kraft gesetzt. Das bekannteste Beispiel für den letzten Fall ist der Versuch der USA, Chinesische Schiffe, auf denen Nuklearwaffen für Pakistan vermutet wurden, aufzubringen. Die Folge sind Zunahme an Piraterie und Drogenhandel wie auch ungeschützte, disputierte Eigentumsrechte an Inseln und Meeresressourcen, wie das Beispiel der Spratleys zeigt. Schließlich ist das Problem unkontrollierter Wanderungsbewegungen und illegalen Menschenhandels im pazifischen Raum besonders explosiv und bedarf dringend einer internationalen Konvention.

#### **5. Wegen fehlender internationaler Verträge steht die Volksrepublik im Zentrum der regionalen Sicherheit.**

Dies deshalb, weil sie als einziges Land im Stande ist, jedes andere anzugreifen – ob zu besiegen, ist eine andere Frage. Damit müssen alle pazifischen Anrainerstaaten, aber auch die USA und die Staaten an der Ostseite des Pazifiks, wie Kanada und Australien, ein großes Interesse an einem nicht-expansiven China haben. Ob die Selbstgenügsamkeit Chinas durch innenpolitische Stabilität gewährleistet werden kann, darf bezweifelt werden. Es gibt keinen Automatismus, der bewirkt, daß ein Regimewechsel in China die Sicherheit des Pazifischen Raumes gefährdet.

#### **6. Der maritime Pazifikraum ist nicht das sicherheitspolitische Hauptproblem.**

**Dieses liegt vielmehr im zentralasiatischen Raum an Chinas Nord- und Nordwestgrenze sowie im Indischen Großkontinent.**

Drei Zonen sicherheitspolitischer Unsicherheit lassen sich unterscheiden:

- Nordkorea, dessen innenpolitische Querelen, in die die Armee direkt verwickelt zu sein scheint, schnell in außenpolitische, gegen Südkorea gerichtete Aggression umschlagen kann.
- Die neuen unabhängigen an der Nordwestgrenze Chinas gelegenen Staaten, wie Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, die von Nomadenstämmen dominiert sind, die auch in den angrenzenden chinesischen Provinzen siedeln und denen es ein Leichtes ist, separatistische Strömungen zu organisieren. Dies deshalb, weil sich die Stämme rassisch, kulturell und als Turkvölker oder Moslems von den Han-Chinesen unterscheiden. Zur Begehrlichkeit der Separatismusbewegung trägt außerdem das im Vergleich zu den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion höhere Einkommensniveau der Stämme auf chinesischem Gebiet sowie die Mineralvorkommen in den entsprechenden Provinzen bei. Das bekannteste Beispiel hier sind die Uranvorkommen in Xinjiang.
- Die instabile Lage in Pakistan, Bangladesch, Afghanistan, wo regionale Konflikte wegen des Zugangs zu strategischen Waffen schnell überregionale Effekte zeigen können.

- Im Gegensatz zur Pressemeinung im Westen ist Tibet kein sicherheitspolitisches Problem. Dies wäre nur dann der Fall, wenn Indien oder westliche Staaten als Schutzmacht aufzutreten bereit wären und Truppen entsendeten. Dies ist im Moment nicht wahrscheinlich.

## **7. Die chinesisch-US-amerikanischen Beziehungen sind besser als ihr Ruf und zeichnen sich in sicherheitspolitischen Fragen durch Kooperation aus, während der Aufmerksamkeit heischende Konflikt auf ökonomische Fragen begrenzt bleibt.**

Beide Länder setzen auf eine Art duales System. Der vor allen Dingen US-amerikanischen Öffentlichkeit, die wahlkampfabhängig den Kongreß und Präsidenten unter Druck setzen kann, Menschenrechtsverletzungen zu ahnden, wie auch den hohen Handelsbilanzüberschuß mit Sanktionen gegen chinesische Exporteure zu beantworten, wird in Pressekampagnen begegnet oder auch mit dem Drohen, daß Staatsaufträge nicht an amerikanische Firmen vergeben würden. Das Beispiel Frankreichs oder auch Hollands, denen beide mit Handelssanktionen gedroht wurde als sie Waffen an Taiwan lieferten, zeigt, daß diese Drohungen nur kurzfristig aufrechterhalten werden.

Dem sicherheitspolitischen Interesse beider Staaten wird dadurch Rechnung getragen, daß beide in informellen Gesprächen, einen Kooperationskurs suchen. So wurde in der sog. Taiwankrise 1996 heftigst zwischen Beijing und Washington telephoniert. So erhielt die USA beim letzten Besuch des chinesischen Verteidigungsministers in Washington weiterhin Anlegerechte für ihre Flotte in Hongkong zugesichert, wie auch die chinesische Flotte diesen März zum Freundschaftsbesuch in San Diego anlegte.

Die Gründe für eine solche doppelgleisige Außenpolitik sind offensichtlich: Zum einen muß die USA auf den Wählerwillen Rücksicht nehmen, zum anderen brauchen die USA China zur Sicherung der Meere, aber vor allen Dingen auch, um Druck auf die Nordkoreaner auszuüben, ihre Nuklearanlagen internationaler Kontrolle zu unterstellen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß jede aggressive Handlung der Nordkoreaner, wie z.B. einer Invasion Südkoreas, nur mit Hilfe chinesischer Logistik und Ölzufuhren realistisch wird, da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Nordkorea ausschließlich von chinesischen Lieferungen abhängt. Die USA benötigen China auch, um der Nuklearbedrohung eines außer Kontrolle geratenen Pakistan zu begegnen. Mit anderen Worten, nur eine Kooperation mit China hilft den USA die eigenen Militärkosten, welche durch Stationierung von Truppen im pazifischen Raum sowie einer adäquaten Flottenpräsenz entstehen, in Grenzen zu halten.

Aus chinesischer Sicht ist das ähnlich: die Chinesen benötigen die USA als Ordnungsmacht im maritimen Raum. Es geht ihnen darum, russischen, japanischen, aber auch islamischen Einfluß zu begrenzen. Auch sie haben ein Interesse, die Meere, von denen ihr Exporterfolg in hohem Maße abhängt zu befrieden. Schließlich hat China noch ein großes Interesse daran, die USA in ihrer Anti-Iran Politik zu unterstützen, wie sie gleich sehen werden (vgl. 8.1.)

## **8. Die Sicherheit des Raumes ist mittelfristig von zwei Strömungen determiniert: zunehmender Xenophobie und dem ökonomischen Erfolg.**

### **8.1. Xenophobie**

Die Ausländerfeindlichkeit nimmt an beiden Seiten des Pazifiks wie auch in Zentralasien zu. Die Xenophobien gruppieren sich um die unterschiedlichen Religionen, ethnische Herkunft und unterschiedliche Ideologien. Ob diese Xenophobien schon immer da waren und nur durch das

autoritäre politische System in Kontrolle gehalten wurden – Regime, die jetzt zusammenbrechen – oder ob wir uns einem Kampf der Kulturen gegenüber sehen, darüber läßt sich trefflich streiten, wie das Beispiel Jugoslawiens aber auch die Diskussion über ein so mittelmäßiges Buch wie Huntington's "Kampf der Kulturen" zeigt. Bedeutsam scheinen mir zwei andere Faktoren: Zum einen der Wettbewerb zwischen dem schiitischen Iran, dem sunitischen Saudi-Arabien um die religiöse Vorherrschaft in den islamischen Teilen Chinas wie auch in den Philippinen, Pakistan, Afghanistan etc. Mit sehr viel Kapital bemühen sich beide Staaten, die Koranschulen zu unterwandern und zu missionieren. So findet man Khomeini-Bilder in den Tempeln in Xinjiang, Saudi-Arabien finanziert eine Übersetzung des Korans mit sunitischer Interpretation und gibt Finanzhilfen zum Tempelaufbau. Nicht unterschätzen sollte man auch türkische Großmachtsträume, die z.B. dazu führten, daß die Türkei die stillgelegten Sendeanlagen des Voice of America in Zentralasien aufkaufte, um mit deren Hilfe die Turkvölker zu indoktrinieren. Es ist das Geld, das von außen hereinkommt, welches die Kosten für separatistische Bewegungen so drastisch senkt.

Zum anderen wird die Xenophobie durch die teilweise drastischen Einkommensunterschiede im Raum genährt. Es ist zwar ein Irrglaube anzunehmen, durch Inbesitznahme eines Territoriums, welches über höhere Durchschnittseinkommen oder Ressourcen verfügt, selber "reich" zu werden, ohne entsprechende Änderungen im eigenen politischen und Wirtschaftssystem vorzunehmen. Dieser Irrglaube läßt sich aber offensichtlich nicht ausrotten und, was bedeutsamer ist, hat eine große mobilisierende Kraft für separatistische Bewegungen. Unter diesem Irrglauben leiden vor allen Dingen die Auslandschinesen. Es ist wichtig zu betonen, daß die Sinophobie, die auch die USA langsam erfaßt, nicht das Resultat einer Ablehnung der chinesischen Rasse oder Kultur ist, sondern sich vielmehr ausschließlich durch deren Wirtschaftserfolg nährt. Bevor darauf weiter eingegangen werden soll, zunächst zurück zum Problem der Usurpation von Ressourcen ethnischer Minoritäten. Das notorische Beispiel hier ist das Progam gegen die Chinesen in Indonesien 1966, bei dem 50.-60.000 Chinesen ums Leben kamen und der Konfiskation deren Eigentums. Das Resultat war nicht etwa ein schnelleres Wachstum und schnellere Konzentration von Vermögen in Hand der Indonesier als vielmehr Stagnation. Erst als Indonesien wie auch Malaysia, das weniger drastisch Chinesen diskriminiert hatte, in dem es z.B. ihnen Landbesitz und Managementpositionen in Unternehmen verbot, die "Märkte" – auch für Chinesen -öffnete, begann der Wirtschaftserfolg.

Dieser Einsicht scheinen sich viele Amerikaner, auch Mitglieder der Clinton-administration, verschließen zu wollen. Mit dem schlichtweg falschen Argument, daß der Außenhandel ein Nullsummenspiel sei, in dem der Exporterfolg der Chinesen (oder anderer Nationen) automatisch einen Verlust an US-amerikanischen Arbeitsplätzen bedeute, wird Wahlkampf betrieben. Ross Perrot ist hier das beste Beispiel. Die Chinesen sind dabei, die Japaner als Buhmänner abzulösen, wobei der Erfolg ihrer Studenten in amerikanischen Universitäten ebenso mißtrauisch beäugt wird wie die absurde Diskussion um chinesische, im Gegensatz zu französischen oder lateinamerikanischen Spenden im Wahlkampf. Glücklicherweise wurde das Problem der chinesischen Mafia, die in den USA die Nachfolge der italienischen im Glücksspielgeschäft in dem Moment angetreten hat, als letztere wegen der höheren Gewinnspannen sich auf das Drogengeschäft konzentrierte, noch nicht zum Wahlkampfthema. Die international tätige chinesische Mafia, ihre Dominanz im Menschenhandel wie auch die Sweatshops in den amerikanischen Großstädten stellen jedoch sensible Punkte dar, die jederzeit von interessierter Seite als Argument für eine Anti-Chinastimmung mobilisiert werden können.

Mit anderen Worten, die Xenophobie im pazifischen Raum zeigt zwei Gesichter:

- Das des Sozialneides. Im Falle der Chinesen entsteht dieser durch die Konkurrenz der chinesischen Unternehmen (vgl. Tab. 1 und Tab. 2) mit der Wirtschaftselite und den Universitätsabsolventen gerade deshalb, weil die Chinesen so erfolgreich sind. Sozialneid

existiert aber auch in der in Europa gebräuchlicheren Form, nämlich dann, wenn neue Einwandererschichten den unteren sozialen und Einkommenschichten Konkurrenz machen. Dies ist der Fall der Filipinos in Hongkong, in Taiwan und in Japan, wohin sie zunächst als Gastarbeiter geholt wurden. Dies ist der Fall der Südkoreaner und klassischen Boatpeople aus Vietnam, die in Kanada, den USA und Australien innerhalb der armen Wohngebiete Altinsäßen von ihren Pfründen vertreiben. Dies sind weiterhin die illegalen Einwanderer wie Filipinos, Vietnamesen, Chinesen der Südprovinzen bis hin zu Tamilen, die in Sweatshops, einschließlich der Bordelle Europas gehalten und ausgebeutet werden. Gemeinsam ist diesen verschiedenen Formen des Sozialneides, daß ihm mit politischen Gegenmaßnahmen begegnet werden kann, wie einer entsprechenden Einwanderergesetzgebung.

- Im Gegensatz dazu ist die ideologisch bestimmte Xenophobie kaum verhandelbar. Diese geht von schierem Rassismus über "heilige Kriege" gegen Andersgläubige bis hin zu gemäßigteren Formen der Diskriminierung aufgrund ethnischer Besonderheiten. Hier sehen die Asiaten, wie auch der Westen, den Islam schiitischer Provenienz als Hauptgegner. Diese Form der Xenophobie umfaßt nicht nur den Islam, sondern betrifft auch die Stämme Birmas, die gegen das Regime einen Guerillakrieg führen, die schändlich unterdrückte Urbevölkerung Japans, wie teilweise auch Taiwans. Sie betrifft Tibet ebenso wie die zentralasiatischen Staaten. Daß diese Konflikte bis heute auf ein Land oder Grenzscharmützel beschränkt blieben, hat vor allen Dingen mit dem fehlenden Engagement anderer Staaten und Großmächte zu tun. Die Frage ist, ob und unter welchen Umständen Staaten wie der Iran oder Irak, aber auch eine rechtsgerichtete Regierung in Rußland es nicht vorteilhaft empfinden, die Spannungen auszubeuten.

## **8.2. Die Wirtschaftsentwicklung**

Der größte Garant für die sicherheitspolitische Stabilität sind die anhaltenden hohen Wachstumsraten der Region, die die verteilungspolitischen Effekte zunächst überdecken und die, bei rasch steigenden Haushalten Finanzmittel bereitstellen, aus denen regionale Umverteilungsmaßnahmen finanziert werden können. Dies gilt insbesondere für China, welches sich die Stabilität in den Randprovinzen einiges kosten läßt. Auf lange Sicht sind solche Transfers keine Lösung. Vielversprechender ist dann eine Wirtschaftspolitik, die trickle-down Effekte gewährleistet: auf Deutsch: die verhindert, daß bestimmte Ethnien oder Regionen systematisch von der Beteiligung am Wirtschaftserfolg ausgeschlossen bleiben. Offene Binnenmärkte sind sicherlich eine notwendige Voraussetzung hierfür. Dies gilt auch für einen offenen Arbeitsmarkt. So stellen die in der Presse so prominent herausgestellten 100 Millionen Wanderarbeiter in China aus ökonomischer Sicht eben keinen Instabilitätsfaktor dar. Im Gegenteil, wie empirische Studien zeigen, kehren die meisten der Wanderarbeiter dann in ihre Heimatorte zurück, wenn ihre private Ersparnis ausreicht, sich dort selbständig zu machen. Damit tragen diese Wanderarbeiter entscheidend zu einer gleichmäßigeren Verteilung von Investitionen und Arbeitsplätzen in China bei.

Die ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere diejenigen von Auslandschinesen, stabilisieren den Raum aber auch noch auf eine andere Art: Sie bewirken und bewirken eine schnelle Integration der Anrainerstaaten in den regionalen und Weltmarkt (vgl. Tab.3). Es sind die hohen Exporterlöse, die China, welches zur Zeit die elftgrößte Exportnation der Welt ist, ein Interesse daran haben läßt, die Meere und seine Nordgrenze gesichert zu sehen. Und es sind nicht zuletzt die hohen Gewinne, die sich durch private Geschäftstätigkeit erzielen lassen, die gerade auch für die Staatsfunktionäre aller Länder Anreize setzen, Formen der Kooperation zu suchen und nicht auf Konfrontation zu gehen. Im Falle Chinas besteht ein stillschweigender Gesellschaftsvertrag zwischen dem politischen Regime und der Bevölkerung, der heißt, "Wir

erlauben Euch, reich zu werden, wenn ihr uns dafür an der Macht läßt". Ein solcher Vertrag bestand auch in der Vergangenheit in Taiwan, Südkorea, Singapur, aber auch Hongkong. Wie die Geschichte zeigt, kann dieser sehr lange funktionieren.

## **9. Hongkong ist kein zusätzlicher Gefahrenherd.**

Daß bis jetzt Hongkong nicht erwähnt wurde, ist kein Versehen. Das Problem Hongkong ist nämlich schon seit mehreren Jahren abgeschlossen. Mit dem Sino-britischen Vertrag hat die Regierung Thatcher unnötig und ohne Zwang den chinesischen Forderungen nachgegeben. Alle Versuche des jetzigen Gouverneurs, nachträglich den Hongkongern zu demokratischen Rechten zu verhelfen, ist zum einen unglaubwürdig, da Hongkong auch unter britischer Kontrolle keine demokratische Verfassung zugestanden wurde; zum anderen ist es unrealistisch anzunehmen, daß die Regierung in Beijing der Bevölkerung Hongkongs mehr politische Rechte zugestehen soll als den anderen Provinzen. Der zukünftige Gouverneur ist "handverlesen" und sicherlich nicht der Typ, von dem man ein energisches Eintreten für die politischen Belange der Bevölkerung Hongkongs erwarten darf. Dies wissend, hat die Hongkonger Bevölkerung schon vor Jahren begonnen, sich entsprechende Überlebensstrategien auszudenken. Die Kapitalflucht setzte schon vor Jahren ein, fast 12% der Hongkonger Bevölkerung hat einen ausländischen Paß, die innovativen Teile wie auch der steuerrechtliche Standort der Unternehmen wurden auch dann ins Ausland gelegt, wenn die Unternehmen weiterhin ihre Hauptquartiere in Hongkong beibehielten. Jede Erwartung, daß nach dem 1. Juli 1997 Spektakuläres in Hongkong geschehen wird, muß enttäuscht werden. Selbst im Falle von Demonstrationen kann davon ausgegangen werden, daß China aus dem Debakel des Tian'anmen-Massakers gelernt hat und mit Polizei- und nicht Armeemethoden reagieren wird. Wohl erwarten kann man, daß der zukünftige Gouverneur C.Y. Tung die Interessen der privaten Wirtschaft und hier vor allen Dingen die der Großunternehmen in Beijing vertreten wird. Aber selbst, wenn dem nicht so wäre, wird sich an der Wirtschaftsgesetzgebung, einschließlich der Steuergesetzgebung nichts ändern. Die Reformen der letzten 19 Jahre bewirkten nämlich, daß sich China, was die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen anbelangt, auf Hongkong zu bewegte. Der Unterschied zwischen Kanton und Hongkong ist nicht mehr groß.

## **10. Der Einfluß Europas auf den pazifischen Raum ist gering.**

**Außenpolitik zu außenhandelpolitischen Zwecken einzusetzen, ist aus ökonomischen Gründen falsch und führt zu keinen Gewinnen an zusätzlicher Sicherheit.**

Lassen sie mich mit ein paar Bemerkungen zu Europa schließen. Es gibt bestimmt kein direktes sicherheitspolitisches Problem zwischen Europa und dem asiatischen Raum. Es gibt jedoch gemeinsame Interessen: Diese sind nicht auf den bilateralen Handel beschränkt sondern umfassen die schon erwähnten Migrationsströme, die organisierte Kriminalität, seien dies Drogen oder Kunstraub oder gefälschte Markenprodukte und, dem übergeordnet, die Einbindung Chinas in die großen Internationalen Verträge und Institutionen, wie die Welthandelsorganisation oder die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Außenpolitik zum Zweck der heimischen Exportgüterindustrie einzusetzen bringt, wenn überhaupt, nur kurzfristig etwas. Nämlich nur dann, wenn es um Sektoren geht, in denen noch Außenhandelsmonopole existieren und man somit auf Gespräche mit Staats- oder Parteikadern angewiesen ist. Es ist sicherlich ein großer Fehler westlicher Unternehmen, wenn sie nicht wahrnehmen wollen, daß es in China mittlerweile einen boomenden Mittelstand gibt, der durch keine planwirtschaftliche Instanz gelenkt als Handels- und joint-venture-Partner zur Verfügung steht. Wie nicht zuletzt die

ausländischen Direktinvestitionen Taiwans, Singapurs und Hongkongs zeigen, rentiert es sich, mit diesen Geschäfte abzuschließen. Die neuen chinesischen Unternehmer sind von Politikern genau so wenig beeindruckt wie europäische.

Es zeugt von politischer Kurzsichtigkeit, wenn westliche Demokratien nicht auf die Einhaltung von Menschenrechten drängen. Die Vorstellung, es gäbe nur zwei Alternativen: die *idealistische* Menschenrechtspolitik, wie z.B. von Jimmy Carter auf der einen Seite, und die *realistische* Machtpolitik, wie von Henry Kissinger auf der anderen Seite, ist falsch. Eine auf Menschenrechte, allgemeiner die Einführung eines liberalen Staatswesens drängende Politik ist auch und gerade langfristig realistisch. So zeigt die Geschichte, daß

1. wir mit liberalen Ländern friedfertigen Umgang pflegen, während die Wahrscheinlichkeit eines Krieges dann steigt, wenn die Gegenseite totalitäre Staaten sind:
2. wir mit liberalen Ländern mehr Handel treiben und entsprechende Erträge erwarten können als mit totalitären Ländern. Dies nicht nur deshalb, weil jene nur niedrige pro Kopf Einkommen vorweisen können sondern auch, weil die dort gebräuchlichen staatlichen Außenhandelsmonopole den Handel unsicher, risikoreich und unstetig machen.
3. wir in der Regel auch kulturellen Austausch und persönlichen Kontakten einen positiven Wert zurechnen und der Kontakt mit Bürgern anderer liberaler Staaten häufiger und intensiver ist.

Kurzum, ein Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte ist in unserem eigenen Interesse. Fatal ist es jedoch, die Menschenrechtsfrage mit Handelsinteressen verknüpfen zu wollen, wie das heute gerne getan wird. Denn ein Drängen auf Einhaltung der Menschenrechte kann nur gelingen, solange die europäische Seite glaubwürdig ist und Sanktionen auch effektiv durchsetzen kann. Wenn jedoch Kanzler oder Ministerpräsidenten zu Handelsreisenden werden, dann ist die Glaubwürdigkeit schon mal dahin. Aus asiatischer Sicht glaubwürdig sind heute nur noch die skandinavischen Länder, Australien, Kanada und Neuseeland. Handelssanktionen wirken im Falle Asiens noch weniger als in anderen Fällen, da der pazifische Raum genau diejenige Region ist, in der die Modernisierung der Wirtschaft wie auch hohe Wachstumsraten erzeugt werden können, ohne Kapital- und Technologieimporte aus dem Westen. Weder braucht der Raum den Westen, um Hochhäuser, Häfen oder Staudämme zu bauen, noch um gute Universitäten zu errichten. Und selbst in den wenigen kritischen Sektoren, in denen der Raum auf westliche Importe setzt, wie Apparatebau, Kommunikationstechnologie und Waffensysteme, zeigt die Erfahrung, daß die europäischen und US-amerikanischen Anbieter sehr schnell dafür sorgen, daß die Sanktionen aufgehoben werden. Dies heißt jedoch nicht, daß man auf die Menschenrechtsfrage ganz verzichten sollte. Ein sinnvoller Ansatz wäre sicherlich, daß man die westlichen Exporte nach China nicht auch noch subventioniert oder daß man vielleicht gegen solche Firmen, wie die Jeanshersteller vorgeht, deren chinesische Zulieferanten Shanghaier Gefängnisse sind. Es gibt genügend gemeinsame Interessen und genügend Kooperationsbereitschaft auf asiatischer Seite, die man nutzen kann.

### ***Ausgewählte Literatur:***

**Dobbs-Higginson, M.S.** 1993. Asia Pacific. Its Role in the New World Order. London: Mandarin.

**Economist** 1996. America's Dose of Sinophobia (März: 67-69).

**Economist** 1996. Human Rights and Foreign Policy (April 21-25).

- Goodman, D.S.G.** 1997. The Ethnic Chinese in East and Southeast Asia: Local insecurities and regional concerns. Konferenz The Economics of East Asian Security, veranstaltet vom International Institute For Strategic Studies, London und dem Council for Advanced Studies, Taipei. Vancouver, 3. bis 5. März 1997
- Lavio, D.** 1996. Geopolitischer Akteur oder Randfigur? China und die neue Interessenkonstellation in Zentralasien. China Aktuell, Aug. 1996, p. 767-784
- Seagrave, St.** 1995. Lords of the Rim, London: Corgi Books
- The China Quarterly.** 1996. China's Military in Transition. Special Issue 146 (Juni 1996).
- Weggel, O.** 1996. Auslandschinesentum und Eigenblutimpfung. Ursachen des chinesischen Wirtschaftswunders. Teil I bis Teil III. China Aktuell, Jan. bis März 1996.

### **Tab.1**

**Auslandschinesen (1994)**  
(nicht eingerechnet die Chinesen auf Taiwan)

<b>Anzahl in Mio</b>	<b>Land</b>	<b>% Anteil am heimischen Kapitalmarkt</b>
6	Thailand	Thailand: 81
1,5	Myanmar (Birma)	
2,1	Singapur	Singapur: 81
5,28	Malaysia	Malaysia: 61
7,31	Indonesien	Indonesien : 73
0,82	Philippinen	Philippinen: 60
6	Hongkong und Macau	Hongkong: 65
2,46	Vietnam, Kambodscha, Laos	Kambodscha: 70
0,17	Südkorea und Japan	
0,12	Indien und Pakistan	
2,32	USA, Kanada und Mexiko	
0,8	Lateinamerika (ohne Mexiko)	
0,62	Europa	
0,49	Australien und Neuseeland	
0,1	andere Gebiete	
<b>36 Millionen</b>	<b>weltweit</b>	

Quelle: Weggel 1996, Jan. 1996, p. 34. Die Marktanteile per market capitalisation sind aus Goodman 1997, p. 4.



**Tab.2**

Standort der 500 größten auslandschinesischen Unternehmen

(Land, Unternehmenswert und einschliessl. ausländischer Beteiligungen, in Mrd. US-\$)

Land	Anzahl Firmen	Unternehmenswert	einschl. Beteiligungen
Hongkong	123	154,84	173,26
Taiwan	159	111,44	89,31
Malaysia	83	55,39	49,44
Singapur	52	42,28	91,75
Thailand	39	34,65	94,83
Indonesien	36	20,32	32,97
Philippinen	8	6,02	7,55
<b>Total</b>	<b>500</b>	<b>424,94</b>	<b>539,11</b>

Quelle: Yazhou Zhoukan (Asiaweek) Sept. 25, 1994, zit. in Weggel, Febr. 1996, p. 172.

**Tab. 3**

Ausländische Direktinvestitionen nach Land und Jahr (in Mio. US-\$)

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995
HK und Macao	1.913,42	2.486,87	7.709,07	17.861,25	20.174,81	20.499,00
Hongkong	1.880,00	2.405,25	7.507,07	17.274,75	19.665,44	20.060,00
Taiwan	222,40	466,41	1.050,50	3.138,59	3.391,04	3.004,00
Japan	503,38	532,50	709,83	1.324,10	2.075,29	3.108,00
USA	455,99	323,20	511,05	2.063,12	2.490,80	3.083,00
Singapur	50,43	58,21	122,31	490,04	1.179,61	1.851,00
S.Korea	12,67	39,39	119,48	373,81	722,83	1.043,00
England	13,33	35,39	38,33	220,51	688,84	914,00
Thailand	6,72	19,62	83,03	233,18	n./a.	288,00
Frankreich	21,06	9,88	44,93	141,41	192,04	287,00
Kanada	8,04	10,76	58,24	138,88	216,05	257,00
andere	279,67	383,90	560,74	1.532,06	2.5360,12	3.402,00

Anmerkung: Der Wert der Vertragsabschlüsse betrug 1995 mehr als 390 Billionen US-\$; der Wert der realisierten Investitionen betrug 1995 mehr als 135 US-\$.

Quelle: Financial Times, 27.Juni 1996